



INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag 12. Oktober 2018

Band 12, Ausgabe 16

Themen

Steuerentlastungen

Sicherheit

Zuwanderung

Wirtschaft

«Geld macht glücklich.»

(Der Demografie-Wissenschaftler Bernd Raffelhüschen am Donnerstag bei der Vorstellung des «Glücksatlas 2018» der Deutschen Post in Hamburg)

In dieser Ausgabe:

Steuerliche Entlastungen auf dem Weg 2

Wirtschaftsaussichten weniger rosig 2

Kampf gegen IS fortsetzen 3

Mautfreiheit für Elektro-Lkw und Landwirtschaft 3

Cyber-Sicherheit verbessern 3

Fachkräfteeinwanderung 4

Klimaschutz voranbringen

Der Weltklimarat hat am Montag, dieser Woche einen Sonderbericht über die Folgen einer globalen Erwärmung um 1,5 Grad Celsius vorgelegt.

Im Bericht wird gefordert, den Weg der Treibhausgasreduktion konsequent weiterzugehen – national wie international. Deshalb ist es wichtig, dass die Staatengemeinschaft bei der anstehenden Weltklimakonferenz in Kattowitz weiter intensiv an der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens arbeitet. Die Bundesregierung will vorangehen, aber ohne Beteiligung der anderen Staaten der Welt wird das wenig nützen.

Um auf nationaler Ebene weiterhin intensiv an der Erreichung unserer Klimaziele zu arbeiten müssen alle Sektoren – Energie, Industrie, Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft - ihren Beitrag leisten. Nur so lassen sich die im Klimaschutzplan 2050 festge-

legten Ziele für ihren Sektor erreichen. Auf der Basis von Maßnahmenplänen der einzelnen Ressorts wird der Gesetzgeber dann im Laufe des nächsten Jahres ein Gesetz zur Erreichung der Klimaziele erarbeiten. Dabei setzen wir verstärkt auf Anreizsysteme in allen Bereichen anstatt auf Verbote, denn Klimaschutz gelingt nur, wenn wir die Menschen mitnehmen.

Es besteht kein Zweifel, dass die Kohle zur Erreichung unserer nationalen Klimaziele einen nennenswerten Beitrag leisten muss. Aber wir müssen dabei den Menschen in den betroffenen Gebieten neue Perspektiven aufzeigen. In der Industrienation Deutschland muss es gelingen, dass wir durch die Entwicklung von Umweltinnovationen weitere Arbeitsplätze schaffen und damit Ökonomie und Ökologie in Einklang bringen. Die im Sommer eingesetzte Strukturwandel-

kommission wird in den nächsten Monaten einen Plan zur schrittweisen Reduzierung der Kohleverstromung inklusive eines Abschlussdatums erarbeiten. Dabei steht es für uns im Vordergrund, den Strukturwandel zu gestalten und die betroffenen Regionen dabei zu unterstützen.

Die Staatengemeinschaft hatte sich 2015 auf der Weltklimakonferenz in Paris auf ein völkerrechtlich verbindliches Klimaabkommen geeinigt mit dem Ziel, die Erderwärmung auf 2 Grad Celsius, wenn möglich auf 1,5 Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen. In seinem Sonderbericht über die Folgen einer globalen Erwärmung um 1,5 Grad Celsius gegenüber vorindustriellem Niveau und die damit verbundenen globalen Treibhausgaspfade legt der Weltklimarat dar, dass die Risiken auf unser Ökosystem, die Nahrungs- und Wasserversorgung oder die menschliche Gesundheit bei einer Erwärmung um 1,5 Grad Celsius zwar bereits vorhanden sind, bei einer Erderwärmung um zwei Grad Celsius jedoch viel weitreichender sind.



Steuerliche Entlastungen auf dem Weg

Am Donnerstag fand die erste Lesung zum Entwurf des Gesetzes zur steuerlichen Entlastung der Familien sowie zur Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen (FamilienentlastungsG) statt.

Durch sparsame Haushaltsführung und die gute wirtschaftliche Lage sprudeln derzeit die Steuereinnahmen. Einen Teil dieser Einnahmen wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern unmittelbar zurückgeben. Insbesondere Familien sollen allein mit diesem Vorhaben bis 2022 um fast 35 Mrd. Euro entlastet werden.

So soll das Kindergeld ab dem 1. Juli 2019 um 10 Euro angehoben werden. Damit wird das monatliche Kindergeld für das erste und zweite Kind zukünftig je 204 Euro, für das dritte Kind 210 Euro

und für das vierte und jedes weitere Kind 235 Euro betragen. Auch der Kinderfreibetrag steigt entsprechend.

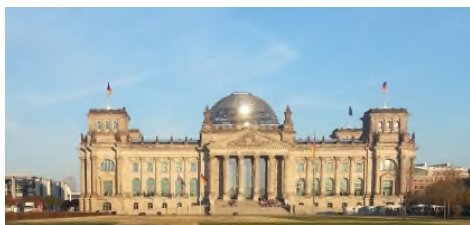
Zusätzlich gewinnen Familien, aber auch alle anderen Steuerpflichtigen, durch die Anhebung des Grundfreibetrages und den Abbau der kalten Progression.

Die Effekte der sog. kalten Progression treten nicht mehr ein, da wir die Tarifeckwerte – wie bereits seit 2014 – um die Wirkung der Inflation verschieben wollen. Die kalte Progression soll für 2018 und 2019 wieder (wie auch in den Vorjahren) komplett neutralisiert werden. Für 2019 und 2020 verschieben wir die Tarifeckwerte um 1,84 % (voraussichtliche Inflationsrate für 2018) und um weitere 1,95 % (voraussichtliche Inflationsrate für 2019).

Ferner wird der Grundfreibetrag für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bis zum Jahr 2020 auf 9.408 Euro erhöht. Er soll damit um 408 Euro steigen.

Die hier auf den Weg gebrachten Entlastungen können nur ein erster Schritt sein. Eine weitere Steuerentlastung der Leistungsträger mit unteren und mittleren Einkommen ist nötig. So wollen wir das Kindergeld zum 1. Januar 2021 um weitere 15 Euro anheben. Parallel wird auch der Kinderfreibetrag weiter erhöht. Entsprechendes gilt für den Grundfreibetrag.

Zudem haben wir bereits den Abbau des Solidaritätszuschlages für 90 Prozent der Soli-Zahler ab 2021 fest im Koalitionsvertrag vereinbart. Jetzt prüfen wir darüber hinaus, wie wir über den Koalitionsvertrag hinaus beim Solidaritätszuschlag schneller und umfangreicher entlasten.



Wirtschaftsaussichten weniger rosig

Die Bundesregierung hat ihre Wachstumsprognose für dieses Jahr von 2,3 Prozent auf 1,8 Prozent und für kommandes Jahr von 2,1 Prozent auf 1,8 Prozent gesenkt. Die Unsicherheit über die Ausgestaltung des Brexits, weltweite protektionistische Tendenzen, der Handelskonflikt zwischen den USA und China, die Wirtschaftskrisen in der Türkei und Argentinien beeinträchtigen die deutsche Konjunktur. Hinzu kommen hausgemachte Herausforderungen, wie eine schleppende Digitalisierung, steigende

Energiepreise und der Fachkräftemangel. All das bremst Unternehmen.

Wir sollten daher aufhören, die Unternehmen mit neuen Regulierungen, z.B. im Arbeitsmarkt, zu gängeln, mit neuer Bürokratie zu belasten oder ideologisch begründete Projekte, wie einen beschleunigten nationalen Kohleausstieg voranzutreiben.

Stattdessen gilt es, die Weichen für Wettbewerbsfähigkeit und zukünftiges Wachstum zu stellen. Dazu zählt auch ein gelungenes Fachkräftezuwande-

rungsregime, um den Bedarf am Arbeitsmarkt zu sichern.

Im Außenhandel gilt uns die Prämisse: Multilateralismus statt Nationalismus, Freihandel statt Handelsbarrieren und Abschottung. Wir brauchen eine „Koalition der Willigen“ für den Freihandel bilden. Zudem ist der Umbau der Energieversorgung so auszugestalten, dass Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Umweltverträglichkeit gleichermaßen gewährleistet sind. Dabei gilt der Dreiklang: mehr Markt, mehr Wettbewerb, mehr Europa.

Kampf gegen IS fortsetzen

Der Bundestag debattierte am Donnerstag in erster Lesung das Mandat zur fortgesetzten Beteiligung der Bundeswehr an der Bekämpfung des IS-Terrors und zur Stabilisierung des Iraks.

Die IS-Terrorgruppe ist in Syrien und Irak militärisch geschlagen. Sie hat ihre Herrschaft über weite Gebiete dieser Staaten verloren. Doch verschwunden ist der IS damit nicht, er hat sich lediglich in den Untergrund zurückge-

zogen. Damit bleibt er weiterhin eine Gefahr für die Region sowie für Deutschland und Europa. Deswegen ist es wichtig, dass die internationale Koalition aus über 70 Staaten ihren Kampf gegen den IS-Terror fortsetzt. Daran wird sich auch Deutschland weiter beteiligen.

So werden wir unsere Luftaufklärung und Luftbetankung der internationalen Koalition für ein weiteres Jahr zur Verfügung stellen, planen jedoch den Abzug der Luftwaffenverbände

zum Mandatsende. Außerdem setzen wir unsere Beratung und Ausbildung irakischer Sicherheitskräfte im ganzen Land fort.

Die Stabilisierung des Irak ist der Schlüssel für die Zukunft der ganzen Region. Wir wollen unsere Strategie für den Nahen und Mittleren Osten fortsetzen und zum Erfolg bringen. Diese Region braucht neben Diplomatie und humanitärer Hilfe auch den Einsatz militärischer Mittel.

Mautfreiheit für Elektro-Lkw und Landwirtschaft

Mit dem Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes, das aktuell im Bundestag beraten wird, sollen die Lkw-Mautsätze zum 1. Januar 2019 angepasst werden. Im Kern geht es bei der Reform darum, für mehr Gerechtigkeit bei den Tarifen zu sorgen. So sollen schwere Fahrzeuge, die die Straßen stärker beanspruchen, auch stärker finanziell belastet werden. Elektro-Lkw sollen

von der Maut ausgenommen sein. Außerdem werden erstmals die Lärmbelastungskosten einbezogen. Damit sollen Anreize für die Anschaffung umweltfreundlicher, leiser Lkw erzeugt werden. Als weiteren Anreiz gibt es seit diesem Jahr bereits eine neue Förderung für energieeffiziente bzw. CO₂-arme Lkw.

Wir setzen uns dafür ein, dass künftig land- und forstwirt-

schaftliche Fahrzeuge von der Mautpflicht ausgenommen werden, um land- und forstwirtschaftliche Unternehmen von Bürokratie und Kosten zu entlasten. Die Mautbefreiung soll ausschließlich für land- oder forstwirtschaftliche Fahrzeuge gelten, die maximal 60 km/h fahren können und für solche Zwecke eingesetzt werden, nicht jedoch für den Gütertransport.

Cyber-Sicherheit verbessern

Sichere, verlässliche und vertrauenswürdige IT- und Computersysteme sind die Grundlage für eine erfolgreiche Digitalisierung und das Vertrauen der Menschen in neue Technologien. Diesen Donnerstag hat das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) seinen Lagebericht vorgelegt, der aufzeigt wie die Herausforderungen durch Cyber-Angriffe weiter wachsen - nicht nur privat, sondern insbesondere auch für den Schutz kritischer Infrastrukturen.

Wir werden daher weiter tatkräftig daran arbeiten, die Rahmenbedingungen für sichere und vertrauenswürdige Digitalisierung kontinuierlich zu verbessern. Wir werden das IT-Sicherheitsgesetz fortschreiben, die IT-Sicherheitsstandards für internetfähige Produkte stärken und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) in seiner Rolle als unabhängige und neutrale Beratungsstelle für Fragen der IT stärken.

Gleichzeitig wird die Gründung

der Agentur für Innovation in der Cybersicherheit sicherstellen, dass den Herausforderungen auch technisch auf Augenhöhe begegnet werden kann. Nicht zuletzt bleibt es eine wichtige Aufgabe, Nutzerinnen und Nutzer für das Thema IT-Sicherheit und einen bewussten Umgang damit zu sensibilisieren, denn IT-Sicherheit fängt bei jedem einzelnen an. Das gilt z.B. durch die Nutzung sicherer Passwörter im privaten Bereich oder regelmäßige Software-Updates.

AXEL E. FISCHER
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73790
Fax: 030-227-76677
E-Mail: axel.fischer@bundestag.de

„Fußgängerinnen und Fußgänger sind die blinden Flecken der Verkehrspolitik“

(Maria Krautzberger, Präsidentin des Umweltbundesamtes, am Donnerstag bei der Vorstellung der neuen Fußverkehrsstrategie der Behörde)

Fachkräfteeinwanderung

Die Koalitionsspitzen haben sich über Eckpunkte zur Fachkräfteeinwanderung aus Drittstaaten geeinigt. Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz soll eine Grundlage für eine kontrollierte Einwanderung von Fachkräften in unser Land geschaffen werden. Es geht darum, den heutigen und zukünftig absehbaren Bedarf am Arbeitsmarkt zur Erwirtschaftung unseres Wohlstandes und sozialer Sicherheit zu sichern. Es sollen klare Regeln dafür geschaffen werden, wer zu uns kommen darf und wer nicht.

Die deutsche Wirtschaft wächst, und noch nie waren so viele Menschen in Beschäftigung wie heute. Damit das auch so bleibt, braucht unser Land Fachkräfte. Fachkräfte, die mit ihrer Arbeit Wirtschaftswachstum schaffen und weitere Arbeitsplätze absichern. Dazu werden wir uns zunächst auf unsere inländischen Potentiale konzentrieren und dabei insbesondere die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern, die Stärkung der dualen Ausbildung vorantreiben und die Weiterbildung deutlich ausbauen.

Wir wollen außerdem weiterhin innerhalb der EU um Fachkräfte werben. Um aber auch zukünftig Dienstleistun-

gen in Bereichen wie der Pflege oder im Hotel- und Gaststättenbereich sicherstellen zu können, brauchen wir qualifizierte Fachkräfte auch aus Drittstaaten. Mit dem derzeitigen Koalitionsvertrag der GroKo wurde eine gezielte - auf unsere Wirtschaft und Gesellschaft abgestimmte - Öffnung im Bereich Erwerbsmigration beschlossen. Wir wollen geeignete Hochschulabsolventen, aber auch Fachkräfte mit qualifizierter Berufsausbildung aus dem Ausland für unseren Arbeitsmarkt gewinnen. Eine Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme soll verhindert werden.

Gleichzeitig wollen wir die Potentiale der Personen mit Fluchthintergrund, die aufgrund ihres Aufenthaltsstatus bereits eine Beschäftigung in Deutschland ausüben dürfen, für unseren Arbeitsmarkt nutzen. Am Grundsatz der Trennung von Asyl und Erwerbsmigration halten wir dabei fest. Wir werden im Aufenthaltsrecht klare Kriterien für einen verlässlichen Status Geduldeter definieren, die durch ihre Erwerbstätigkeit ihren Lebensunterhalt sichern und gut integriert sind.

Die Bundesregierung soll nun auf der Basis dieser beschlossenen Eckpunkte einen Entwurf für ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz vorlegen.

Vertiefte Diskussionen wird es mit Blick auf die Regelungen für einen „Spurwechsel“ bereits geduldeter Migranten geben müssen, die einen dauerhaften Aufenthaltsstatus unabhängig von ihrer fachlichen Qualifikation und dem Bedarf auf Seiten des deutschen Arbeitsmarktes

erhalten sollen, wenn sie ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten und gut integriert sind. Illegale Einreise sollte in keinem Fall belohnt werden.

Auch der von den Koalitionsspitzen vorgesehene grundsätzliche Wegfall sowohl der Vorrangprüfung als auch der Beschränkung auf Engpassberufe ist insofern unverständlich, als dies gerade nicht mit dem Fachkräftemangel begründet werden kann. Dies kann auch zu nicht wünschenswerter Konkurrenz zwischen einheimischen und zugewanderten Fachkräften in Berufen, in denen kein Fachkräftemangel herrscht oder sich abzeichnet, führen.

Es dürfen über dieses Gesetz keine Menschen ins Land gelassen werden, die uns nicht nachhaltig weiterhelfen.

